



### Corona und der Service Public 3

Es sieht danach aus, dass wir das Größte hinter uns haben. Dank einem starken Sozialstaat und einem starken Service Public. Und insbesondere dank den Mitarbeitenden im Service Public: Das präsidiale Edito zu den Lehren aus der Corona-Krise.

### Ausgliederung Kinder- und Jugendhilfe 5

Fünf kantonale Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe sollen verselbständigt werden: Was heisst dies, was tut der VPOD?

### Umkleidezeit wird entschädigt 6

In den GAV-Spitälern und neu auch im GAV-Langzeit wird die Umkleidezeit mit einer Pauschale entschädigt.

### Was ist ein faires Lohnsystem? 6

Der Bund hat vom Parlament den Auftrag zu prüfen, ob Beurteilung und Lohnentwicklung entkoppelt werden sollen: Was heisst dies und würde dadurch das Lohnsystem besser oder schlechter?

# Kita ist kein Kinderspiel

Die Corona-Krise zeigt, dass die familienergänzende Kinderbetreuung systemrelevant ist. Das zeigt sich leider nicht in den Anstellungsbedingungen. Der VPOD fordert eine bessere Finanzierung durch den Kanton und gute Arbeitsbedingungen, geregelt in einem Gesamtarbeitsvertrag. Der Kanton hat es in der Hand, der Branche im Gesetz über die sozialen Leistungsangebote SLG entsprechende Vorgaben zu machen.

Nach dem Frauenstreik 2019 trafen sich engagierte Frauen aus der Kinderbetreuung, um gemeinsam aktiv zu werden. Sie bildeten schliesslich eine Kerngruppe, die für den Sozialbereich Forderungen formulierte. Forderungen, wie die Arbeitswelt in der familienergänzenden Kinderbetreuung aussehen sollte: Betreuungsschlüssel, Personaldotation, Kontrollen durch die kantonale Aufsicht, Betreuung der Lernenden etc.

Der Zeitpunkt, um Forderungen an die Politik zu stellen, ist gut. Nicht nur weil die Corona-Krise gezeigt hat, dass Wirtschaft und Gesellschaft ohne die Kitas und Tagesfamilien nicht funktioniert. Das Gesetz über die sozialen Leistungsangebote SLG kommt voraussichtlich in der Septembersession in den Grossen Rates. Hier regelt der Kanton sein Verhältnis zu den sozialen Institutionen. Auch die Betreuungsgutscheine werden im SLG gesetzlich verankert.

Bisher konnten die einzelnen Gemeinden den Anbietern von subventionierten Plätzen Vorgaben zu den Arbeitsbedingungen machen. Diese Möglichkeit entfällt mit der Einführung von kantonalen Betreuungsgutscheinen. Darum müssen nun im SLG Vorgaben des Gesetzgebers gemacht werden. Der VPOD fordert, dass der Kanton den Kitas, die Betreuungsgutscheine annehmen, eine GAV-Pflicht vorschreibt bzw. zumindest die Einhaltung von Mindestanforderungen, die der Kanton definiert, verlangt.

Zudem braucht es mehr und unangemeldete Kontrollen der Betreuungsschlüssel und wirksame Massnahmen, um die Praktika vor der Lehre endlich zu unterbinden. Das geht letztlich nicht ohne mehr öffentliche Gelder.



Der VPOD Bern lanciert im Juni eine Kampagne im Kita-Bereich. Interessierte Mitglieder treffen sich am 10.6., 19-21 Uhr in Bern, um die Kampagne zu starten. Eine Anmeldung ist erwünscht

(an: [angela.zihler@vpodbern.ch](mailto:angela.zihler@vpodbern.ch) oder mit dem Anmeldeatlon Seite 7), damit geeignete Räumlichkeiten gesucht werden können

Angela Zihler

## Neuregelung der Tagesbetreuung erst ab August 2021

Azi. Die Stadt Bern verschiebt die Neuregelung der Tagesbetreuung um ein Jahr. Die Tagesstätten können so länger als geplant, nämlich bis August 2022, über den kantonalen Lastenausgleich Sozialhilfe abrechnen. Damit gewinnt die Stadt Bern Zeit, um die Zusammenführung von Tagesschulen, Tagesstätten und Ferieninseln umzusetzen. Das entsprechende Reglement kommt voraussichtlich Ende Jahr in den Stadtrat und tritt frühestens per 1.8. 2021 in Kraft. Die Forderung der Tagesschulmitarbeitenden nach einem besseren Betreuungsschlüssel, höheren Löhnen und mehr Zeit neben der direkten Betreuungsarbeit wird der VPOD gegenüber den Entscheidungsträgern der Stadt weiterhin einbringen.

Das Netzwerk Tagesschulen und Tagesstätten der Stadt Bern trifft sich das nächste Mal am 9. Juni 2020, 19-21 Uhr in Bern. Eine Anmeldung ist erwünscht, damit geeignete Räumlichkeiten gesucht werden können (an: [angela.zihler@vpodbern.ch](mailto:angela.zihler@vpodbern.ch) oder mit dem Anmeldeatlon Seite 7).



Es sieht danach aus, dass wir das Größte hinter uns haben. Dank einem starken Sozialstaat und einem starken Service Public. Und insbesondere dank den Mitarbeitenden im Service Public, die unter schwierigen Bedingungen das Land durch die Krise bringen. Das zeigt einmal mehr: Der Service Public ist für unsere Gesellschaft überlebenswichtig.

*«Die Krise widerlegt all jene, die den Sozialstaat verteuftelt haben»  
Philipp Hildebrand, a. Nationalbankpräsident*

Aber auch die Gewerkschaften waren von grösster Wichtigkeit – vor allem in Branchen, wo die Sozialpartnerschaft geritzt ist und das Profitdenken sich schamlos manifestiert. Zum Beispiel im Gesundheitsbereich: Der Bundesrat hat das Arbeitsgesetz für das Spitalpersonal ausgesetzt. Damit war das Spitalpersonal gesetzlich bezüglich Ruhezeiten und Höchst-arbeitszeit nicht mehr geschützt. Dabei ist nach heutigem Recht bereits eine 60-Stundenwoche möglich! Der VPOD hat sich mit einer Petition zur Wehr gesetzt, die in wenigen Tagen schweizweit von 80'000 Personen unterschrieben wurde; eine klare Aufforderung an Bundesrat und Arbeitgeber, das Spitalpersonal zu schützen und volle Verantwortung für dessen Gesundheitsschutz zu übernehmen.

*«Das Arbeitsgesetz bleibt der rechtliche Referenzrahmen für den Gesundheitsschutz des Spitalpersonals!»*

*Offener Brief des VPOD an den Bundesrat vom 2. April 2020 zu der Sistierung der Bestimmungen des Arbeitsgesetzes zu den Arbeits- und Ruhezeiten für das Gesundheitspersonal*

Die Krise hat gezeigt, wo die Stärken und Schwächen unserer Gesundheitsversorgung sind: Ohne das Pflegepersonal aus dem Ausland wäre die Situation in den Spitälern, aber auch im Spitexbereich,

nicht gemeistert worden. Wer eine Abschottung des Schweizer Arbeitsmarktes durch eine Aufkündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens verlangt, betreibt ein gefährliches Spiel – da machen wir nicht mit! Wir müssen vielmehr dezidiert fordern, dass die Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich endlich verbessert werden: Mehr Ausbilden und durch gute Arbeitsbedingungen und anständige Löhne die Fluktuation im Gesundheitsbereich senken.

Die Krise zeigt gerade, dass gemeinsame Lösungen, solidarisch finanzierte Unterstützungsmassnahmen und ein starker Service Public unsere Gesellschaft in Krisenzeiten am allerbesten schützen. Das ist nicht teuer, sondern wertvoll. Sicher ist, dass Forderungen nach weiteren Steuersenkungen – die nun verschobene Abstimmung zu den Steuerabzügen für Kinderbetreuung muss entsprechend der Trendsetter sein – einen schweren Stand haben werden.

Unsere Forderung ist vielmehr: Beibehaltung der hohen Standards und eine Stärkung des Service Public insgesamt, nicht nur für Krisenzeiten, sondern für eine gute Zukunft und eine funktionierende Volkswirtschaft. Darum müssen die zivilen Behörden und die Infrastruktur des Service Public endlich gestärkt werden: Indem sich der Staat deutlich mehr engagiert, auch gerade finanziell. So zum Beispiel in der Kinderbetreuung, die vom Bund in der Krise sträflich vernachlässigt wurde und die in Zukunft endlich nachhaltig und ausreichend finanziert werden muss.

In der öffentlichen Diskussion werden immer wieder Gesundheitsschutz gegen den Erhalt von Arbeitsplätzen ausgespielt. Dabei müssen beide Herausforderungen zwingend gemeinsam gelöst werden. Die vom Bundesrat ergriffenen ausserordentlichen



Martin Krebs, Co-Präsident VPOD Bern Bundespersonal und Tanja Bauer, Präsidentin VPOD Bern Kanton

Massnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und insbesondere auch der Arbeitnehmenden haben die Schweizer Volkswirtschaft vor dem allerschlimmsten bewahrt. Aber es erstaunt nicht, dass nun ausgerechnet die Apologeten der uneingeschränkten wirtschaftlichen Freiheiten danach verlangen, dass möglichst schnell sämtliche Schutzmassnahmen für die Bevölkerung aufzuheben seien. Es braucht aber einen sorgfältig aufgegleisten, umsichtigen Plan für die Rückkehr zur Normalität. Sonst riskieren wir eine zweite Welle und die Gesundheit der Bevölkerung, aber auch eine noch stärkere und längerdauernde Belastung der Mitarbeitenden im Service Public, die an vorderster Front stehen.

Wir danken euch allen für eure wertvolle Arbeit, für eure Unterstützung und die gelebte Solidarität in der schwersten Gesundheitskrise seit über 100 Jahren. Sie hat uns einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine starke Gewerkschaft ist, um sich füreinander einzusetzen. Denn nur zusammen sind wir stark!

*Mit kollegialen Grüssen,  
Tanja Bauer und Martin Krebs  
Präsidenten VPOD Bern Kanton und  
Bund*

# Ausgliederung – Chance oder Risiko?

**Die Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe sind heute drei verschiedenen Direktionen unterstellt. Nach der Verselbständigung wird die Zuteilung neu organisiert und der schulische Bereich der BKD, der Heimbereich der DIJ unterstellt sein.**

Im Rahmen der Reorganisation der Sonderschulen (*standpunkt* 144, Dez. 2019) stellte die Verwaltung fest, dass auch das Schulheim Schloss Erlach, das Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik Landorf Köniz/Schlössli Kehrsatz, das Zentrum für Hören und Sprache Münchenbuchsee, die BEO Beobachtungsstation Bolligen mit BEO Sirius und das Jugendheim Lory Münsingen organisatorisch eigentlich der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) zugeordnet werden müssten. Denn bei allen fünf Institutionen geht es letztlich um die schulische Bildung von Kindern- und Jugendlichen. Die vollständige Integration in die BKD hätte für diese jedoch einen enormen Zusatzaufwand bedeutet. Weil die heilpädagogischen Sonderschulen eigenständige Organisationen sind, beschloss der Regierungsrat im November 2019, die fünf erwähnten Institutionen zu verselbständigen und die Arbeiten mit Leistungsverträgen zu übertragen. Der Schulbereich solle der BKD, der Heimbereich der fünf Institutionen der Direktion für Integration und Justiz (DIJ) unterstellt werden.

Der VPOD verlangte umgehend, in diesen Prozess miteinbezogen zu werden. Denn es ist klar: Derartige Veränderungen lösen bei den Mitarbeitenden nicht nur viele Fragen, sondern auch Ängste und Unsicherheiten aus: Was bedeutet die Verselbständigung für mich? Behalte ich meinen Job? Ändern die Anstellungsbedingungen, mein Lohn? Die für die Planung und Umsetzung federführende DIJ, unter Leitung von Regierungsrätin Evi Allemann (SP), war bereit, den VPOD und den Bernischen Staatspersonalverband BSPV in die Gesamtprojektleitung zu integrieren.



Schulheim Schloss Erlach

## **Ambitöser Zeitplan ...**

Die neue Rechtsform aller fünf Institutionen soll per Ende 2021 geklärt und per 1.1.2022 umgesetzt werden. Angesichts der komplexen Fragen ein Zeitplan, den alle betroffenen Institutionen in Frage stellen und der auch von unserer Seite als sehr ambitioniert beurteilt wird. Denn die einschneidendsten Fragen können nicht von heute auf Morgen beantwortet werden.

## **... mit grossen Fragezeichen**

Wie werden die Arbeitsbedingungen aussehen? Wer übernimmt in welchem Umfang die Verantwortung für die historischen Gebäude (alle fünf Institutionen befinden sich ganz oder teilweise in historischen Häusern)? Wie werden diese für die Übergabe an die Institutionen bewertet? Welche Rechtsform

wählen die Institutionen: Verein, Stiftung, gemeinnützige AG, ...? Und all diese Fragen müssen bei laufendem Betrieb geklärt werden – eine riesige Herausforderung!

## **Das Projekt**

Die Arbeiten für die Ausgliederung sind in zwei Projektphasen aufgeteilt: In Phase A werden die strategischen und konzeptionellen Grundlagen erarbeitet; in Phase B festgelegt, wie die finanzielle Ausstattung der fünf Institutionen aussehen soll. Diesen Kredit wird der Grosse Rat voraussichtlich im Frühjahr 2021 beraten. Für die Grobkonzepte in Phase A werden je nach Thema externe BeraterInnen beigezogen. Der VPOD wird im Themenfeld «Personal» mitreden.

*Béatrice Stucki*

## **Einladung zur AG Ausgliederung**

Wir wollen die Ausgliederung gemeinsam mit den MitarbeiterInnen der betroffenen Institutionen begleiten. Dazu laden wir alle Interessierten zu einem Treffen ein am Donnerstag, 25. Juni 2020, von 18h-20h. Den Ort werden wir noch mitteilen.

Wir bitten um eine Anmeldung bis 21. Juni an [beatrice.stucki@vpodbern.ch](mailto:beatrice.stucki@vpodbern.ch)

# Umkleiden bezahlt – auch im Pflegeheim



Die Sozialpartner des GAV Langzeit haben sich auf eine Vergütung der Umkleidezeit geeinigt. Die GAV-Betriebe zahlen eine Zulage von 50 Franken pro Monat für die Umkleidezeit. Damit wird die Lösung des GAV Spitäler und Kliniken auch hier umgesetzt.



Alles begann mit der Idee eines Zürcher Spitals, die Wäscheabgabe zu zentralisieren. Nun mussten die Angestellten deutlich längere Wege zurücklegen und früher von zuhause aufbrechen. Sie stellten die Frage, ob denn diese Zeit für Wäscheabholen und Umkleiden nicht Arbeitszeit sei. Das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco hat diese Frage klar bejaht. Die Personalverbände einigten sich darauf mit den Arbeitgebern der Berner Spitäler und Kliniken auf eine pauschale Abgeltung. Ab April 2020 bekommen Mitarbeitende, die sich auf Weisung der Arbeitgeber umkleiden müssen, 50 Franken pro Monat bei einem 100%-Pensum. Die Insel Gruppe entschädigt ihr Personal mit 60 Fr. pauschal. Die Zulage ist sozialversicherungspflichtig und – wichtig: sie wird im GAV verankert.

## Ein Schritt in die richtige Richtung

Die Reaktionen des betroffenen Personals auf das Verhandlungsergebnis waren mehrheitlich positiv. Immerhin erhalten alle, von der Hauswirtschaft, der Gastronomie, den Pflegenden bis zu den Ärz-

ten die gleiche Zulage. Wir bekamen aber auch Kritik zu hören: Wieso nur 50 Franken? Und was geschieht in denjenigen Betrieben, wo das Umkleiden Teil der Arbeitszeit ist? Die Empfehlung der Personalverbände ist klar: ist die bisherige Lösung besser, so soll diese beibehalten werden. 50 oder 60 Franken pro Monat mag auf den ersten Blick nicht viel sein. Hochgerechnet auf alle anspruchsberechtigten Personen in einem Betrieb macht dies jedoch eine grosse Summe aus, welche die Spitäler und Kliniken neu aufwenden müssen. Deshalb ist dieser Betrag ein erster Schritt, den es in den jährlichen Lohnverhandlungen immer wieder zu diskutieren gilt. Wenn Personalverbände und Angestellte es gemeinsam schaffen, mehr Druck zu machen, können Verbesserungen erreicht werden.

## GAV Langzeit zieht nach

Auch die Sozialpartner des GAV für das Personal Bernischer Langzeitpflege-Institutionen haben sich auf eine Entschädigung für die Umkleidezeit geeinigt: Es wird

eine Zulage von 50 Franken pro Monat, angepasst an den Beschäftigungsgrad, ausgerichtet. Die Umsetzung erfolgt in allen GAV-Betrieben bis zum 1. Juli 2020. Diese Massnahme stellt ein zusätzliches Lohnsummenwachstum von ca. 1% dar. In Genuss dieser Zulage kommt dasjenige Personal, das sich vor Dienstbeginn auf Anweisung der Arbeitgeberin im Betrieb und ausserhalb der Arbeitszeit umkleiden muss.

Eine Umfrage der Personalverbände bei den Betriebskommissionen hat ergeben, dass eher kürzere Wege von der Wäscheabgabe in die Garderoben zurückgelegt werden müssen. Es handelt sich bei den Heimen ja generell um kleinere Gebäude als Spitäler. Im Bereich der Langzeitpflege ist dies die erste kantonsweite Lösung in der Schweiz, in der die Sozialpartner gemeinsam eine attraktive und praktikable Regelung für die Abgeltung der Umkleidezeit vereinbart haben.

Angela Zihler

## GAV Langzeit in Revision

Die Sozialpartner diskutieren in den nächsten Monaten mögliche Anpassungen des GAV Langzeit. Der VPOD lädt deshalb alle Mitglieder, die in einem GAV-Betrieb arbeiten, zu einem Abendanlass ein. Wir werden diskutieren, wo der GAV nachgebessert werden muss und welche konkreten Forderungen in die Verhandlungen eingebracht werden sollen. Angela Zihler verhandelt im Auftrag der VPOD-Mitglieder. Sie lädt am 22. Juni 2020, 18-20 Uhr, in Bern oder Thun zu einer Versammlung ein. Eine Anmeldung ist erwünscht, damit geeignete Räumlichkeiten gesucht werden können (an [angela.zihler@vpodbern.ch](mailto:angela.zihler@vpodbern.ch) bzw. mit dem Anmeldetalon Seite 7).



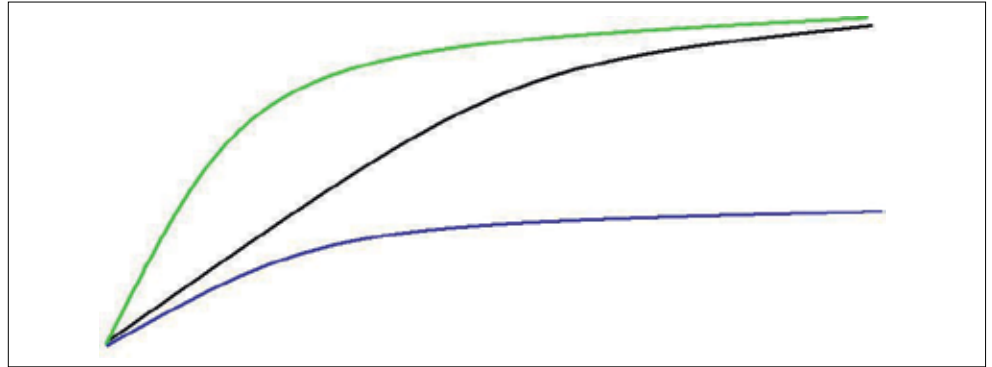
# Was ist ein faires Lohnsystem?

Im Auftrag der Finanzkommission des Nationalrates arbeitet das Finanzdepartement aktuell an einem Bericht: Beurteilungen und Lohnentwicklung sollen entkoppelt werden. Eigentlich ein gewerkschaftliches Anliegen, aber eingebracht wurde es von einer rechten Mehrheit. Worum geht es?

Das Postulat 19.3974 fordert die Entkopplung von Leistungsbeurteilung und Lohnentwicklung. Die bürgerlichen Initiatoren dieses Postulats haben sich in der Vergangenheit ausgezeichnet mit Kritik an den angeblich zu hohen Löhnen beim Bund und an «automatischen» Lohnerhöhungen, weil fast alle Angestellten eine Beurteilung 3 (gut) oder 4 (sehr gut) erhalten. Wegen dieser versteckten Motive hat eine links-grüne Minderheit die Petition abgelehnt. Der Bundesrat hat sich nun bereit erklärt, in den nächsten zwei Jahren einen Bericht auszuarbeiten. Die Personalverbände werden diese Arbeiten eng begleiten und können ihre Haltung dazu im Bericht einbringen. Doch was wollen wir für eine Haltung vertreten? Dazu hat der VPOD Bundespersonal am 25.2. seine Mitglieder zur Diskussion eingeladen.

Die eingesetzte Projektgruppe des Bundes schaut sich aktuell andere Lohnsysteme an wie das der Post und der Insel. Beide Lohnsysteme funktionieren mit Lohnbändern. Die Lohnentwicklung ist weiterhin abhängig von der Beurteilung aber auch von der Lage im Lohnband bzw. von der durchschnittlichen Lohnkurve für die jeweilige Funktion (abhängig von Daten auch aus anderen Betrieben). Wer tiefer unten im Lohnband ist, erhält eine grössere Lohnentwicklung als Angestellte, die bereits weit oben sind. Damit könnten Ungerechtigkeiten bei den Löhnen besser korrigiert werden. Oft sind aber diese Systeme kompliziert und wenig transparent.

Eigentlich zeigen Studien, und auch die Erfahrung in der Bundesverwaltung, dass leistungsabhängige Löhne meist mehr demotivieren als motivieren und teilweise falsche Anreize schaffen. Die Abschaffung der Leistungskom-



Abhängig von der individuellen Lohnkurve gibt es riesige Lohnunterschiede über die ganze Karriere

ponente und deren Ersatz durch eine verlässliche Lohnentwicklung wäre eigentlich die folgerichtige Forderung des VPOD. Die Gefahr ist aber real, dass eine völlige Überarbeitung des Lohnsystems zu einem Sparprogramm ausarten würde und der Leistungsanteil eher aus- als abgebaut würde. Realistisch dürfte schlussendlich eher sein, dass der VPOD das bestehende Lohnsystem mit allen Unzulänglichkeiten wird verteidigen müssen, um Schlimmeres zu vermeiden.

Immerhin hat die Finanzkommission des Nationalrates in ihrer neuen Zusammensetzung (keine SVP-FDP-Mehrheit mehr) die Motion «Wachstumsstopp für die Bundesverwaltung» aus dem Vorjahr zurückgezogen, welche Personaletat und Stellen beim Bund einfrieren wollte: Vielleicht besteht ja die Hoffnung, dass auch in der

## Lohnentwicklung Stadt Zürich

Lage im Lohnband	sehr hoch	1,5%	1%	0%	0%
	hoch	2,5%	1,75%	0,75%	0,25%
	mittel	3,5%	2,5%	1,5%	1,0%
	tief	4,5%	3,25%	2,25%	1,75%
	sehr tief	5,5%	4,0%	3,0%	2,50%
	Erf. 1 0 - 5	Erf. 2 6 - 10	Erf. 3 11 - 15	Erf. 4 > 15	

Die Lohnentwicklung ist abhängig von der Lage im Lohnband und den Erfahrungsjahren (aber auch von der Beurteilung – obiges Beispiel gilt für Beurteilung C).

Lohnpolitik der Wind dreht. Nach der Erfahrung, wie wichtig eine gut funktionierende Verwaltung gerade in Coronazeiten ist, müssten eigentlich auch die Angriffe auf die Bundesangestellten und deren Löhne zurückgehen.

Christof Jakob

## Kandidieren für die DV Publica

Cja. Am 6. November 2020 wählen alle Bundesangestellten die 80 Delegierten der Delegiertenversammlung (DV) Publica. Diese trifft sich etwa zwei Mal jährlich (tagsüber, auf Arbeitszeit), wird aktuell informiert über Entwicklungen bei der Publica und wählt die Vertretung der Arbeitnehmenden in der Kassenkommission und den paritätischen Organen z.B. vom Vorsorgewerk Bund. Der VPOD sucht KandidatInnen, die sich für die Zukunft der Pensionskasse interessieren. Kandidieren können alle, die in der Pensionskasse Publica aktiv versichert sind (gemäss Wahlreglement also keine Pensionierten). Bitte kontaktiere mich für weitere Auskünfte oder um dein Interesse anzumelden: [christof.jakob@vpodbern.ch](mailto:christof.jakob@vpodbern.ch) oder 031 371 67 45.

# SPITEX Bern: Wieder regelmässige Gespräche

Seit dem Neuanfang der SPITEX Bern ab Mitte 2018 nahm der VPOD wieder Gespräche mit der Leitung auf. Nun konnte die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit in einer Vereinbarung festgehalten werden. Der VPOD unterstützt auch die Personalvertretung in ihrer Arbeit.



Seit langem pflegt der VPOD gute Kontakte mit der Personalvertretung bei Spitex Bern. Er trifft sich zusammen mit dem SBK regelmässig mit den Mitgliedern der Personalvertretung, unterstützt und berät sie in ihrer Arbeit. So nahm der VPOD Ende letzten Jahres auch an einer Retraite der Personalvertretung teil und führte die neu gewählten Mitglieder in ihre Rechte und Pflichten in ihrem neuen Amt ein.

## Vereinbarung ab März 2020 in Kraft

Bis vor sieben, acht Jahren unterhielt der VPOD eine formelle Sozialpartnerschaft mit der SPITEX Bern. Damals wollte die SPITEX Bern die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Der VPOD setzte sich zusammen mit dem SBK dagegen ein. Darauf kündigte die SPITEX Bern die Sozialpartnerschaft. In der Folge fanden unter wechselnder Leitung nur noch sporadisch Gespräche statt. Ein regelmässiger Austausch und die Konsultation der Personalverbände war nicht mehr möglich. Mit der Neubesetzung der Geschäftsführung durch Claudine Bumbacher und

der Neuwahl des Verwaltungsrates mit Therese Frösch als Präsidentin konnte ein Neuanfang gemacht werden. Nun fanden wieder Treffen statt, die aktuelle Situation im Betrieb wurde besprochen und die Personalverbände konsultiert. Die Spitex Bern hat sich nun auch formell zu einer sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit bekannt und eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen. Das freut uns!

## Auch in andere Betrieben präsent

Auch in anderen Spitex-Betrieben unterstützt der VPOD die Betriebskommissionen in ihrer Arbeit. Immer wieder erkundigen sich zudem Spitex-Mitarbeitenden aus dem ganzen Kanton nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Ein-

haltung der Ruhezeiten, Dienstpläne und das schwankende Arbeitsvolumen sind wiederkehrenden Themen in der Beratung.

Angela Zihler



## Anmeldung – Mitgliedschaft

# Talon

Anmeldung und Bestellungen auch an: [info@vpodbern.ch](mailto:info@vpodbern.ch)

- Ich melde mich für folgende Veranstaltung an (siehe Seite 8):
- 9.6.: Netzwerk Tagesschulen/Tagi Bern       10.6.: Kita-Gruppe
- 22.6.: Gruppe Langzeit       25.6.: Ausgliederung Kinder- und Jugendhilfe
- Der VPOD interessiert mich. Schickt mir bitte Informationsmaterial.
- Ich möchte dem VPOD beitreten.

Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

E-mail

Beruf

Arbeitsort

Einsenden an: VPOD Bern, Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern  
Telefon 031 371 67 45, E-mail: [info@vpodbern.ch](mailto:info@vpodbern.ch)

# Veranstaltungen

## 9. Juni: Netzwerk Tagesschulen & Tagi Stadt Bern

Wie geht es weiter mit dem KiBe-Projekt? Dienstag, 9. Juni, 19-21 Uhr in Bern. Bitte anmelden bei [angela.zihler@vpodbern.ch](mailto:angela.zihler@vpodbern.ch). Der genaue Ort wird unter Berücksichtigung der Distanzregeln mitgeteilt.

## 10. Juni: Kita-Gruppe

Kita ist kein Kinderspiel: Wir lancieren die Petition für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne. Mittwoch, 10. Juni, 19-21 Uhr in Bern. Bitte anmelden bei [angela.zihler@vpodbern.ch](mailto:angela.zihler@vpodbern.ch). Der genaue Ort wird unter Berücksichtigung der Distanzregeln mitgeteilt.

## 22. Juni: Gruppe Langzeit

Der GAV Langzeit wird überarbeitet. Nutze die Gelegenheit und rede mit, wo es Verbesserungen braucht (siehe auch Kasten Seite 5). Montag, 22. Juni, 18-20 Uhr in Bern oder Thun. Bitte anmelden bei [angela.zihler@vpodbern.ch](mailto:angela.zihler@vpodbern.ch). Der genaue Ort wird unter Berücksichtigung der Distanzregeln mitgeteilt.

## 25. Juni: AG Ausgliederung Kinder- und Jugendhilfe

Wir wollen die Ausgliederung der kantonalen Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam mit den MitarbeiterInnen der betroffenen Institutionen begleiten. Dazu laden wir alle Interessierten, auch Nicht-Mitglieder, zu einem Treffen ein (siehe auch Artikel Seite 4).

Donnerstag, 25. Juni, 18-20 Uhr in Bern. Bitte bis 21. Juni anmelden unter [beatrice.stucki@vpodbern.ch](mailto:beatrice.stucki@vpodbern.ch). Nach Anmeldung wird der genaue Ort mitgeteilt.

Mehr Infos sowie weitere Termine Treffen der VPOD-Gruppen auf [www.bern.vpod.ch](http://www.bern.vpod.ch)

# Aktuell

## ■ Hauptversammlung VPOD verschoben

Üblicherweise findet die Hauptversammlung (HV), zu der alle Mitglieder des VPOD Bern Kanton und Bund eingeladen sind, im Mai statt. Dies ist wegen der Corona-Einschränkungen nun nicht möglich. Die Sektionsvorstände VPOD Kanton und VPOD Bund werden über die Durchführung der HV entscheiden. Da ohne HV vorläufig keine Wahl neuer Vorstandsmitglieder möglich ist, nehmen die Neuinteressierten ohne Stimmrecht an den Sitzungen teil. Wir informieren euch in der nächsten Ausgabe des *standpunkt*.

## ■ Fernunterricht

In der neusten Ausgabe der VPOD-Bildungspolitik geben Interviews mit fünf Lehrkräften aus dem Kanton Bern sowie einer Familie Einblicke in den Fernunterricht an Primarschule, Sekundarstufe 1, Gymnasium, Berufsfach- und Musikschule.

Interessierte können im VPOD-Sekretariat die aktuelle Ausgabe bestellen oder Texte und Bilder im Netz anschauen auf: <http://vpod-bildungspolitik.ch/?p=3807>

## ■ VPOD Bern in Coronazeiten

Was gilt in Coronazeiten für die Angestellten bei Bund, Kanton, Inselspital, Kita...? Muss ich Ferien beziehen, Minusstunden nacharbeiten, arbeiten, obwohl ich zur Risikogruppe gehöre? Viele solche Fragen wurden uns in den letzten Wochen gestellt. Einige Antworten dazu findest du auf unserer Corona-Seite auf [bern.vpod.ch](http://bern.vpod.ch). Zudem ist das Team des VPOD Bern für dich da.

## ■ Beitritte zum VPOD

Gerade jetzt merken viele, wie wichtig der VPOD ist und einige werden neu Mitglied: Gib doch deinen Kolleginnen und Kollegen noch den nötigen Anstoss, beizutreten. Online geht das ganz einfach auf [bern.vpod.ch](http://bern.vpod.ch).